

| |
|-----------------|
| Eingangsstempel |
|-----------------|

Antrag auf Gewährung der Freistellung von der Zahlung der Teilnahmegebühr im Rahmen von Systemen zur Bereitstellung von Lehr- und Lernmitteln nach dem Schülerförderungsgesetz

Hinweis: Der Begriff „Teilnahmegebühr“ umfasst auch das Leihentgelt für Schulbücher an Grundschulen.

Achtung: Der Antrag muss bis spätestens 30.09.2026 gestellt werden. Der Anspruch auf unentgeltliche Ausleihe setzt die Vorlage des Freistellungsbescheides voraus, daher sollte der Antrag möglichst frühzeitig gestellt werden.

Hiermit wird für den Schüler / die Schülerin:

Name, Vorname

geb. am: _____, wohnhaft in: _____
Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort

für das **Schuljahr 2026/27** die Freistellung von der Zahlung der Teilnahmegebühr beantragt. Der Schüler/die Schülerin besucht die Schule _____
(exakte Angabe, z.B. GemS Heusweiler, FOS Technik im BBZ Merzig)
die an einem System zur Bereitstellung von Lehr- und Lernmitteln teilnimmt.

Hat der Schüler/die Schülerin aufgrund anderer Rechtsvorschriften einen Anspruch auf Förderung oder erhält er/sie eine Ausbildungsvergütung? Wenn ja, bitte Zutreffendes ankreuzen!

Ausbildungsvergütung BAföG AFBG sonstige Leistungen: _____

Angaben zum Antragsteller / zur Antragstellerin

| | |
|--------------------|--|
| Name, Vorname | Geburtsdatum (nur, wenn Schüler/in Antragsteller/in ist) |
| Straße, Hausnummer | PLZ, Wohnort |
| | Telefonnummer |

Bitte prüfen Sie, welche der folgenden Aussagen auf Sie zutrifft und kreuzen Sie diese Aussage an:

- Ich bin für o.g. Schüler/in erziehungsberechtigt (In der Regel sind die Eltern erziehungsberechtigt).
- Ich leite das Heim, in dem o.g. Schüler/in untergebracht ist.
- O.g. Schüler/in ist bei mir nach den Vorschriften des SGB VIII in Familienpflege untergebracht.
- Ich bin der/die o.g. Schüler/in und stelle den Antrag selbst, da ich volljährig bin.

Bitte prüfen Sie, ob eine oder mehrere der folgenden Aussagen zutreffen. Wenn ja, bitte ankreuzen und Kopie des entsprechenden letzten Bewilligungsbescheides beifügen!

- Der/die o.g. Schüler/in ist nach den Vorschriften des SGB VIII / des SGB XII in einem Heim oder nach den Vorschriften des SGB VIII in Familienpflege untergebracht.
- Der/die o.g. Schüler/in erhält/erhielt im Jahr 2026 Waisenrente oder Waisengeld.
- Der/die o.g. Schüler/in oder seine/ihre Eltern sind/waren im Jahr 2026 Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
- Der/die o.g. Schüler/in lebt im Haushalt einer Person, die im Jahr 2026 Kinderzuschlag nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes empfängt/empfangen hat (zum Kinderzuschlag siehe Hinweisblatt).
- Der/die o.g. Schüler/in gehört zum Haushalt einer Person, die im Jahr 2026 Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz empfängt/empfangen hat.

Ich bestätige, dass ich die **Hinweise zum Antrag** und die umseitige **Datenschutzerklärung** zur Kenntnis genommen habe und versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben überprüft werden und der zuständige Sozialleistungsträger um Auskunft ersucht werden kann. Mir ist bekannt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können und eine zu Unrecht erfolgte Freistellung von der Zahlung der Teilnahmegebühr mit der Folge zurückgenommen werden kann, dass ich die Teilnahmegebühr selbst bezahlen muss. Sofern nach erfolgter Freistellung für das Schuljahr 2026/27 eine Förderung aufgrund anderer Rechtsvorschriften erfolgt (s.o., z.B. BAföG), werde ich dies dem zuständigen Amt unverzüglich mitteilen; mir ist bekannt, dass in diesem Fall die Freistellung von der Zahlung der Teilnahmegebühr mit der Folge widerrufen werden kann, dass ich die Teilnahmegebühr selbst bezahlen muss. Ich bin damit einverstanden, dass Angaben zur Person des Schülers/der Schülerin an die Schulträger zwecks Beantragung der Erstattung der Teilnahmegebühr gegenüber dem Bildungsministerium weitergegeben werden.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers / der Antragstellerin

Datenschutzerklärung zur Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Umsetzung der Medienausleihe nach Artikel 13 der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Seit dem 25. Mai 2018 ist die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in allen EU-Staaten verbindlich. Damit werden innerhalb der EU die Datenschutzregelungen vereinheitlicht, mit denen die Daten der Bürger vor Missbrauch geschützt werden. Dies gilt für private und öffentliche Stellen. Da die DSGVO nunmehr eine Information der Betroffenen über ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten vorsieht, wird hierzu in Bezug auf die Beantragung der Freistellung von der Zahlung der Teilnahmegebühr im Rahmen der Medienausleihe Folgendes mitgeteilt:

Die Freistellung von der Zahlung der Teilnahmegebühr wird nach Maßgabe des Schülerförderungsgesetzes (SchüFöG) gewährt. Gemäß § 7 Absatz 1 SchüFöG obliegt die Durchführung des SchüFöG den Landkreisen und im Regionalverband Saarbrücken der Landeshauptstadt Saarbrücken. Aufgrund dieser Verpflichtung sind die Landkreise und die Landeshauptstadt Saarbrücken nach Artikel 6 Absatz 1 c) DSGVO berechtigt, die bei der Antragstellung angegebenen personenbezogenen Daten der Antragsteller sowie der betroffenen Schülerinnen und Schüler zu verarbeiten.

Der Antrag auf Freistellung von der Teilnahmegebühr wird bei dem zuständigen Amt des Landkreises gestellt, in dem die Schülerin/der Schüler den ersten Wohnsitz hat. Liegt der Wohnsitz im Gebiet des Regionalverbandes Saarbrücken, ist die Landeshauptstadt Saarbrücken zuständig. Befindet sich der erste Wohnsitz der Schülerin/des Schülers außerhalb des Saarlandes, richten Sie Ihren Antrag an das Amt, in dessen Kreis die Schule liegt. Dort erhalten Sie auch Beratung, wenn Sie noch Fragen zur Schülerförderung oder Schwierigkeiten mit dem Ausfüllen des Formulars haben.

Bei einem der folgenden Ämter muss der Antrag gestellt werden:

Landeshauptstadt Saarbrücken

Amt für Ausbildungsförderung
Dudweilerstr. 41- Erdgeschoss
66111 Saarbrücken
Telefon (0681) 905-0
Öffnungszeiten: Mo., Di., Fr. 8.30 - 12.00
Uhr Di. 13.30 - 15.30 Uhr, Do. 8.00 - 18.00
Uhr Mi. geschlossen

Landkreis Neunkirchen

Kreissozialamt / Bildung und Teilhabe
Saarbrücker Str. 6
66538 Neunkirchen
Telefon (06824) 906-0
Öffnungszeiten: Mo. – Mi. 08:00 Uhr bis 14:00 Uhr,
Donnerstag: 08:00 Uhr bis 14:00 Uhr und 14:00 Uhr bis
18:00 Uhr

Landkreis Saarlouis

Jugendamt im Landkreis Saarlouis
Industriestraße 14
66740 Saarlouis
Telefon: (06831) 444-951999
Öffnungszeiten: Mo.- Fr. 8.00 - 12.00
Uhr Di., Do. 13.30 - 15.30 Uhr

Landkreis St. Wendel

Kommunale Arbeitsförderung
Tritschlerstraße 5
66606 St. Wendel
Telefon: (06851) 801-3000
Öffnungszeiten: Vorsprache nur nach vorherige
Terminvereinbarung

Landkreis Merzig-Wadern

Kreisjugendamt
Bahnhofstraße 42-44
66663 Merzig
Telefon: (06861) 80-0
Öffnungszeiten: Mo. - Fr. 8.30 - 12.00
Uhr Mo. - Do. 13.30 - 15.30 Uhr

Saarpfalz-Kreis

Fachbereich soziale Angelegenheiten,
Integration, Ehrenamt
Am Forum 1
66424 Homburg
Telefon (06841) 104-0
Öffnungszeiten: Mo. - Fr. 8.00 - 12.00 Uhr

Zur Bearbeitung der Anträge und Erstellung der Freistellungsbescheide werden die personenbezogenen Daten der Antragsteller sowie der Schülerinnen und Schüler durch die zuständigen Ämter erfasst. Zusätzlich werden diese Daten mittels eines landesweit einheitlichen EDV-Verfahrens verarbeitet. Ohne Erfassung und Verarbeitung der Daten kann die Bearbeitung der Anträge und die Erstellung von Freistellungsbescheiden nicht erfolgen. Soweit die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im vorgenannten Sinne abgelehnt wird, kann eine Freistellung von der Zahlung der Teilnahmegebühr nicht gewährt werden. Verantwortlich für die Antragsbearbeitung und die Erhebung der personenbezogenen Daten sind die für die Durchführung des SchüFöG jeweils zuständigen Ämter. Dort erfahren Sie auch die Kontaktdaten der/des zuständigen Datenschutzbeauftragten, bei der/dem Sie weitergehende Informationen zu den gespeicherten personenbezogenen Daten erhalten können.

Den Antragstellern stehen unter den in den Artikeln jeweils genannten Voraussetzungen die nachfolgenden Rechte zu:

- das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DSGVO,
- das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DSGVO,
- das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO,
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO,
- das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DSGVO,
- das Recht auf Beschwerde nach Artikel 77 DSGVO bei folgender Aufsichtsbehörde: Unabhängiges Datenschutzzentrum Saarland, Fritz-Dobisch-Str. 12, 66111 Saarbrücken, <https://www.datenschutz.saarland.de>.

**Wichtiges Formular zur Übernahme des Leihentgeltes für Leistungsberechtigte
nach SGB II und XII ("Bürgergeld" oder "Sozialhilfe")
→ bitte gleich beim zuständigen Jobcenter oder Sozialamt einreichen!**

**Anmeldung eines Mehrbedarfes
auf Übernahme der Kosten für Schulbücher und Arbeitshefte
(§ 21 Abs. 6a SGB II oder § 30 Abs. 9 SGB XII)**

Wenn Sie Bürgergeld oder Sozialhilfe erhalten, müssen Sie mit diesem Formular einen „Mehrbedarf“ anzeigen, damit Sie die Kosten der Schulbuchausleihe nicht selbst zahlen müssen.

Daten des leistungsberechtigten Elternteils:

Name, Vorname

Geburtsdatum

Straße Hausnummer

Postleitzahl Ort

Nummer der Bedarfsgemeinschaft/
des Aktenzeichens beim Sozialamt (sofern bekannt)

Name des zuständigen Jobcenters/
des Sozialamtes

Hiermit melde ich für mein Kind:

Name, Vorname, Geburtsdatum

einen Mehrbedarf für die Übernahme des Leihentgeltes der für den Besuch einer Grundschule erforderlichen Schulbücher und Arbeitshefte an.

Mein Kind besucht folgende Grundschule (Name, Postleitzahl Ort):

und ist für die entgeltliche Schulbuchausleihe angemeldet.

Die Zahlungsaufforderung des Grundschulträgers für das Schuljahr **2026/2027** ist beigelegt.

Abtretung des Leihentgeltes (Jobcenter)/Direktüberweisung (Sozialamt)
(bitte ankreuzen)

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass das Jobcenter bzw. das Sozialamt das als Mehrbedarf anerkannte Leihentgelt direkt an den Schulträger überweist.
Wenn ich mit der Abtretung (Jobcenter) bzw. der Direktüberweisung (Sozialamt) des Leihentgeltes einverstanden bin, übernimmt das Ministerium für Bildung und Kultur alle eventuell nicht als Mehrbedarf anerkannten Kosten des Leihentgeltes und ich muss selbst keine weiteren Zahlungen leisten.
Des Weiteren bin ich damit einverstanden, dass die dafür erforderlichen Sozialdaten und die meines Kindes an den Schulträger übermittelt werden.

Ich bin darüber informiert, dass diese Einwilligung freiwillig ist und von mir jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden kann.

- Ich bin mit einer Abtretung (Jobcenter)/Direktüberweisung (Sozialamt) **nicht einverstanden**.
Mir ist bewusst, dass mir der Mehrbedarf auf mein Konto überwiesen wird und ich selbst den kompletten Gesamtbetrag des Leihentgeltes an den Schulträger zahlen muss.

Ort, Datum

Name, Vorname
(des leistungsberechtigten Elternteils)